

Unterstützen Sie „AKTIVE ARBEITSLOSE“ denn

- ❖ es kann jeden treffen, den einen früher, den anderen später.
- ❖ die Stärkung der Rechte Arbeit suchender Menschen bedeutet Stärkung aller ArbeitnehmerInnen. Nein zum Ersatz regulärer Arbeitsverhältnisse durch prekäre Leiharbeit und schlecht bezahlte Zwangsarbeit.
- ❖ unsere Lebensqualität steigt in einer solidarischen Gesellschaft.



-
- ☐ Ich will nur informiert werden
 - ☐ Ich will die Wahlwerbung unterstützen

Ich unterstütze „AKTIVE ARBEITSLOSE“ und trete dem Verein bei,

- ☐ als Arbeit suchendes oder prekär arbeitendes Mitglied (12 Euro Jahresbeitrag) oder
- ☐ als normals Mitglied (24 Euro Jahresbeitrag).

Beitritt ab 1.7. = halber Jahresbeitrag!

Name:

Adresse:

Ort:

Tel. /E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Einsenden an: Aktive Arbeitslose,
c/o Steinackergasse 17/14, A-1120 Wien.

Chance Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)



Das BGE wird vom Staat an jede einzelne Person ausbezahlt, von Geburt an bis zum Lebensende.

Das emanzipatorische BGE

- ❖ wird BEDINGUNGLOS ausgezahlt
- ❖ gilt ALLGEMEIN (für alle Personen),
- ❖ ist PERSONENBEZOGEN (individueller Rechtsanspruch),
- ❖ muss EXISTENZSICHERND sein und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Das BGE ersetzt nicht den Sozialstaat, sondern

- ❖ erweitert ihn,
- ❖ macht Existenzsicherung unabhängig von Erwerbsarbeit (beseitigt Armut),
- ❖ wird kombiniert mit Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung.

Durch das BGE entsteht ein neues Verhältnis von Mensch und Politik bzw. Mensch und Wirtschaft. Es stärkt nicht nur den Einzelnen, sondern auch den Zusammenhalt der Gesellschaft weil der gemeinsam erwirtschaftete Reichtum endlich auf alle verteilt wird.

Das BGE hilft, folgende im „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgeschriebenen MENSCHENRECHTE durchzusetzen, unter anderem:

- ❖ Recht auf Arbeit
- ❖ Recht auf Bildung
- ❖ Recht auf freie Berufswahl
- ❖ Recht auf gerechte und existenzsichernde Bezahlung
- ❖ Recht auf Streik

<http://www.grundeinkommen.at>

MOGELPACKUNG MINDESTSICHERUNG versus CHANCE BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN



www.aktive-arbeitslose.at
www.facebook.com/aktivearbeitslose

Mogelpackung Mindestsicherung

1. Beseitigt nicht die Armut:

744 Euro netto liegen weit unter der Armuts-grenze von 950 Euro nach EUSILC 2008. Wer in Ehe, Partnerschaft oder Wohngemeinschaft lebt erhält gleich 25% weniger. Kinder – auch im Schulalter! – erhalten nur 134 Euro, Hartz IV Kin-der fast doppelt so viel!

Die Mindestsicherung ist ein Pauschalbetrag, der keine Rücksicht auf wirklich anfallende Kos-ten z.B. bei der Heizung nimmt. Zusatzbedarf für Reparaturen etc. bleibt der Behördenwillkür überlassen.

Bei Eigentumswohnungen kein Wohnkostenan-teil, keine Abgeltung der Betriebskosten!

„Vermögen“ bis auf 3.720 Euro muss verwertet werden, im Gegensatz zu Hartz-IV-Deutschland kein Freibetrag für die Pensionsvorsorge! Autos müssen verkauft werden, Häuser und Eigen-tumswohnungen dürfen zwar für Eigenbedarf behalten werden, der Staat trägt sich aber zur „Sicherstellung“ ins Grundbuch ein.

2. Alles andere als sicher:

Die letzte Überlebenssicherung wird von einer von der Behörde definierten und überwachten „Arbeitswilligkeit“ abhängig gemacht. Mensch kann bei angeblicher „Unwilligkeit“ der Bezug komplett so lange gesperrt werden, bis die Be-hörde einen als „willig“ anerkennt. Wer sich nicht „willig“ zeigt, darf verhungern!

3. Beseitigt die Privatsphäre:

Den Behörden erhalten zahlreiche Daten über den gesamten Haushalt (Familie), Daten wer-den mit anderer Behörden (Finanzamt, Sozi-

alversicherungen, AMS, ...) ausgetauscht. Zur Feststellung der „Arbeitsfähigkeit“ können via „Sozialanamnese“, „Kompetenzbilanz“ und „Per-spektivenklärung“ die Menschen total durch-leuchtet werden. Im Beirat zur Mindestsiche-rung sitzen viele Behörden und Institutionen, aber keine VertreterInnen der Betroffenen.

„Arbeitswilligkeit“ zeigen heißt:

- ❖ Arbeit um jeden Preis. Keine freie Berufswahl, kein Gehaltsschutz. Auch hochqualifiziert und erfahrene Menschen können von der Be-hörde auf Anfängerniveau gedrückt werden. Nicht einmal Recht auf Existenz sichernde Vollzeitarbeit wird gewährt! Auch Leiharbeit ohne jede Zukunftsperspektive muss ange-nommen werden.
- ❖ AMS-Zwangsmassnahmen müssen gemacht werden, auch völlig sinnlose und kontrapro-duktive. Diese kosten viel Geld und bringen wenig. Jeder Widerstand kann als „Vereite-lung“ zur Bezugssperre führen.
- ❖ Als „Arbeitstraining“ oder „Arbeitserpro-bung“ getarnte Gratisarbeit für Unterneh-men wird unter Sperrandrohung aufgezwungen – oft völlig rechtswidrig
- ❖ AlleinerzieherInnen mit Kindern über 3 Jah-re erhalten keine Mindestsicherung, wenn es für ihr Kind keinen Betreuungsplatz gibt.
- ❖ Nur schwerstkranke Kinder dürfen selbst be-gleitet werden, nicht aber schwer kranke!
- ❖ SchulabbrecherInnen erhalten keine zwei-te Chance ebenso jene, die feststellen, die falsche Ausbildung zu machen
- ❖ Pflegeleistungen bis 30 Wochenstunden wer-den nicht anerkannt, das bedeutet eine auf-gezwungene Wochenarbeitszeit von bis zu 55 Stunden!

- ❖ Rund um die Uhr dem AMS zur Verfügung stehen, keine Auslandsaufenthalte erlaubt, selbst in familiären Notfällen nicht! Erholung durch Urlaub wird nicht zugestanden.
- ❖ Jede Bezugseinstellung beim AMS – auch die nicht mit „Arbeitswilligkeit“ zu tun haben! – wird weiter gegeben und führt zur Kür-zungen/Bezugseinstellungen!
- ❖ ALLE im gleichen Haushalt lebenden müssen Arbeitswilligkeit zeigen!

Diese und zahlreiche weitere Fallen machen aus der Mindestsicherung ein Disziplinierungsmittel, mit dem die Unterschichte zum Wohle der Ober-schichte ruhig gestellt wird. AKTIVE ARBEITSLO-SE fordern daher eine Totalreform!

„Gemeinnützige Arbeit“, die schon jetzt vom AMS in „Wiedereingliederungsmaßnahmen“ wie die „Aktion Gemeinde“ praktiziert wird, heisst:



- ❖ Keine freie Berufswahl.
- ❖ Oft rechtswidrige Umgehung der regulären Kollektivverträge, extrem niedrige Entlohnung.
- ❖ Keine Anrechnung von Vor-dienstzeiten und Qualifikationen
- ❖ Keine Vorrückungen bei erneuter bzw. lang-jähriger Arbeit.
- ❖ Kein Recht auf Streik und andere Formen des Kampfes um die eigenen Rechte/Interessen, da Sperre wegen „Vereitelung“.
- ❖ Stigmatisierung und keine Chance auf eine reguläre Arbeit.
- ❖ Reguläre Arbeitsverhältnisse werden durch diese billigere Zwangsarbeit immer mehr ver-drängt, während hingegen die Reichen auf Kosten der Allgemeinheit immer reicher wer-